

Verfügung der Oberbürgermeisterin

I.

Hiermit verfüge ich die Aussetzung der Vollziehung des Stadtratsbeschlusses vom 19.07.2023, Top ö3, Absturzsicherung an Uferstellen – Interfraktioneller Antrag (mündlicher Vortrag).

Der Beschluss wird nach Art. 59 Abs. 2 GO beanstandet und dem Landratsamt Lindau (B) zur rechtsaufsichtlichen Überprüfung vorgelegt.

Der Beschlusstenor des Beschlusses vom 19.07.2023 lautet wie folgt:

1. *Der Beschluss des Stadtrats vom 22.05.2023 wird vorläufig außer Vollzug gesetzt.*

2. *Die Stadt beauftragt eine sachverständige und bezüglich einer Verkehrssicherungspflicht für öffentliche Wege und Anlagen unzweifelhaft qualifizierte Institution (öffentlich bestellt und/oder zertifiziert und/oder einem anerkannten Sachverständigenverband angehörig) mit einer sachverständigen Beurteilung folgender Fragen:*

- a. Gibt es aus sicherheitstechnischer Sicht an den Stellen, die Gegenstand des vorgenannten Beschlusses sind, Gefahren, die ein die normale Sorgfalt beachtender Nutzer nicht oder nicht rechtzeitig erkennen und vermeiden kann?*
- b. Fall es solche Stellen gibt, sind dann die im vorgenannten Beschluss beschriebenen Sicherungsmaßnahmen aus objektiver sicherheitstechnischer Sicht nach Art und Umfang notwendig bzw. erforderlich?*
- c. Fall es solche Stellen gibt, sind dann die im vorgenannten Beschluss beschriebenen Sicherungsmaßnahmen aus objektiver, sicherheitstechnischer Sicht nach Art und Umfang zweckmäßig?*
- d. Ist das Verhältnis zwischen der dem Beschluss zugrunde liegenden und aus der Stellungnahme der SISSWA bzw. dem Maßnahmenkatalog der GTL hervorgehenden Einschätzung von Gefahrenlagen und dem betreffenden Aufwand der Gefahreneinschränkung aus sicherheitstechnischer Sicht als angemessen einzuschätzen, oder drängen sich niederschwelligere, angemessenere Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele auf?*

- e. *Falls Zweifel an Notwendigkeit und/oder Zweckmäßigkeit oder Angemessenheit solcher Maßnahmen begründet wären, welche dieser oder alternativer Maßnahmen würden nach Art und/oder Umfang ausreichen, um die Zielerreichung zu gewährleisten?*

3. Abschließende Entscheidung zum außer Vollzug gesetzten Beschluss nach Eingang der Beurteilung und erneuter Beratung, u.a. zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und Zumutbarkeit der im Beschluss enthaltenen oder sich alternativ anbietenden Sicherungsmaßnahmen.

Lindau (B), 08.09.2023

Dr. Claudia Alfons
Oberbürgermeisterin

II. Amt 10, 20, GTL z.K./ z.w.V.
III. 122 z.K./ zum Akt